

Kiel, 12.09.2007

## Landtag aktuell

Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn

TOP 23 - Konzertierte Aktion zur Armutsbekämpfung durch Sicherstellung des sozio-kulturellen Existenzminimums (Drucksache 16/1564)

**Wolfgang Baasch:**

### Dem Ausbau der Bildungsangebote kommt eine Schlüsselrolle zu

Offen gesagt: Ich habe mich über den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen geärgert. Nicht etwa, weil er sich gegen Armut wendet, und auch nicht, weil er Kinder und Jugendliche in den Fokus rückt. Ich habe mich geärgert, weil es **ein populistischer Antrag** ist, weil Bündnis 90/Die Grünen in Berlin Regierungsverantwortung hatten, als die Grundlagen für das Arbeitslosengeld II geschaffen wurden, und weil Bündnis 90/Die Grünen so tun, als gehe es nur ums Geld. Und das stimmt nicht.

Die Lebenschancen von Kindern dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Im nachhaltigen Kampf gegen Kinderarmut kommt deshalb vor allem dem **Ausbau der Bildungsangebote** von Anfang an eine Schlüsselrolle zu. Dafür müssen wir alle finanziellen Kräfte mobilisieren und zielgerichtet einsetzen.

Wir meinen, dass **strukturelle Veränderungen** sehr viel besser geeignet sind, die Zukunftschancen von Kindern sicherzustellen. Dazu gehören:

- Der **Ausbau von Kindertagesstätten**, besonders im Ganztagsbereich, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und um Kindern einen unterstützenden Rahmen zusätzlich zur Familie zu geben,

- frühe **Bildungsangebote und Sprachförderung**, damit Kinder mit guten Chancen in die Schulzeit starten,
- die **Gemeinschaftsschule**, damit jedes Kind seinen Fähigkeiten und Bedarfen entsprechend gefördert werden kann,
- Stärkung des Übergangs von der Schule in **Ausbildung und Beruf**, denn nichts beugt Arbeitslosigkeit besser vor als eine solide Ausbildung,
- Fortsetzung der **aktiven Arbeitsmarktpolitik**, damit Eltern in der Regel berufstätig sind und ihre Familie angemessen versorgen können. Das betrifft gerade auch den Niedriglohnsektor.
- Ein **Mindestlohn**, damit auch Eltern mit geringer Qualifikation ausreichend verdienen (darüber sprechen wir gleich im Anschluss),
- das **Durchbrechen der Armutsspirale**, damit eine Familie nicht über Generationen von Sozialleistungen abhängig ist,
- eine Weiterentwicklung des **Kinderzuschlags**, wie er auf Bundesebene in Arbeit ist,
- eine **aktive Gleichstellungspolitik**, denn sie – das hat eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom Frühjahr 2007 gezeigt – ist das beste Mittel gegen Kinderarmut.

Letzteres ist ein Ansatz, den wir bislang nicht ausreichend verfolgt haben. Deshalb möchte ich darauf näher eingehen. *„Die Erwerbstätigkeit der Mütter ist die beste Option zur Armutsprävention bei Eltern und Kindern“*, stellen die Autorinnen und Autoren der Studie fest.

Ihr Vergleich zeigt: Die **Kinderarmut ist dort hoch, wo Mütter nur wenige Stunden arbeiten gehen** - von den untersuchten Ländern traf das für Großbritannien und Deutschland zu. Jedes fünfte Kind unter 15 Jahren ist dort von Armut bedroht; in Schweden jedes zehnte. Die höheren Transfers stellen deutsche Kinder nicht besser als britische.

Das Ziel von Bündnis 90/Die Grünen ist ehrenwert: Auch wir sind gegen Kinderarmut. Allerdings haben wir sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, wie sie effektiv bekämpft

werden kann. Während Bündnis 90/Die Grünen für eine Ausschüttung staatlicher Transferleistungen sind, mit denen die betroffenen Familien in Armut und Abhängigkeit verbleiben, lautet unsere sozialdemokratische Position: Die **Rahmenbedingungen müssen sich verbessern** und deshalb ist das Geld besser in Arbeitsmarktpolitik, kompetente Kinderbetreuung und Ausbildung investiert.

Und im Übrigen wird natürlich auch eine Anpassung des Existenzminimums im Bundesministerium für Arbeit und Soziales geprüft, dazu gehören:

- Preisentwicklungen
- mögliche Folgen anderer Anpassungsfaktoren, z.B. Inflationsrate oder Verbraucherpreisindex
- mögliche Auswirkungen eines Mindestlohns auf die Ausgaben für Grundsicherung.

Deshalb lehnen wir den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen ab.